

Eugen Bolz 1881 – 1945

Württembergischer Minister, Staatspräsident und Widerstandskämpfer

Thomas Schnabel

Eugen Bolz¹ war ein gläubiger Katholik und überzeugter Parlamentarier. Bereits im Januar 1912 wurde er mit gerade einmal 31 Jahren in den Reichstag gewählt. Ende desselben Jahres schickten ihn die Zentrumswähler als ihren Vertreter auch in den Halbmondsaal, den württembergischen Landtag in Stuttgart. Allerdings konnte er zunächst keine große parlamentarische Aktivität entwickeln, da bereits am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach.



Abb. 1: Eugen Bolz (1881–1945) Denkmal in seiner Geburtsstadt Rottenburg a.N. (Ausschnitt).

Bolz stand allem Militärischen eher kritisch gegenüber. Vom 30. März 1915 bis zum 25. Mai 1916 war er als Leutnant im Oberelsass stationiert und hatte an Stellungskämpfen teilgenommen.

Danach war er in Brüssel und in Berlin bei der Reichsentschädigungskommission und im Reichstag beschäftigt. Er erhielt mehrere Orden. Dem Krieg stand er sehr ablehnend gegenüber. In seinem Kriegstagebuch schrieb er schon zu Beginn: „*Ich halte auch den jetzigen Krieg für den größten Wahnsinn der Geschichte. Drum hab ich mich auch nie angestrengt. Ich mache meinen Dienst und tu meine Pflicht. Ich melde mich nirgends, ich lasse mich kommandieren; das waren meine offen ausgesprochenen Grundsätze.*“²

Das Ende des Krieges begrüßte er und die politischen Veränderungen im Gefolge der Niederlage schienen ihm eine logische Fortsetzung der bereits im Königreich eingeleiteten demokratischen Reformen. So wies Eugen Bolz in den Verfassungsberatungen Anfang 1919 in Stuttgart darauf hin, dass es auch ohne die Revolution zu weiteren Fortschritten bei den politischen Freiheiten gekommen wäre. Allerdings hätten erst der Druck von unten und die Gefahr einer Revolution die bestehenden Hindernisse beseitigt. Deshalb stelle man sich, trotz der überstürzten Umstände auf den Boden dieser neuen Freiheiten, „*die dem Verfassungsentwurf zugrunde gelegt sind. Wir sehen darin nur eine naturgemäße Entwicklung, die über kurz oder lang doch hätte eintreten müssen. So wie aus dem Absolutismus sich allmählich die konstitutionelle Monarchie entwickelt hat, so mußte auch die konstitutionelle Monarchie schließlich zur Demokratie führen, sobald sich das Volk dazu reif fühlte, selbst die Regierung in die Hand zu nehmen.*“³ Die Demokratie war kein Fremdkörper im Südwesten, sondern ein politisches System, das von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wurde.

Gleichzeitig wandte sich Bolz vehement gegen alle revolutionären Bewegungen. So erklärte er am 1. Februar 1919 „*die Schaffung einer Verfassung und die Wiederherstellung der Ordnung*“ zu den

vordringlichsten Aufgaben der Landesversammlung⁴. Ordnung war für ihn ein zentrales Motiv seiner politischen Arbeit, die unter allen Umständen aufrecht zu erhalten war. So äußerte er sich im April 1919 sehr drastisch gegenüber allen Generalstreikbestrebungen. *„Ich glaube, wahnsinnigen Fanatikern gegenüber gibt es kein anderes Mittel, als die Anwendung der Gewalt, weil sie mit anderen Mitteln nicht zu belehren sind.“*⁵ Deshalb stand Bolz auch allen nicht demokratisch legitimierten Organen sehr kritisch gegenüber, wie z.B. den Räteorganen – spätestens nach der Verabschiedung der Verfassung. *„Für Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte als politische Organe ist kein Boden mehr. Politische Vorrechte einzelner Berufsgruppen sind mit der Verfassung unvereinbar...“*⁶

Die grundlegenden politischen Ansichten und Einschätzungen von Eugen Bolz werden schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik deutlich, und in wesentlichen Teilen bestimmten sie auch seine Einschätzungen am Ende der Weimarer Republik. Entgegen der regelmäßigen Vorwürfe von Kommunisten und Sozialdemokraten, auf dem rechten Auge blind zu sein und die Gefahr durch die Nationalsozialisten zu unterschätzen, positionierte sich Bolz 1923 eindeutig. *„Die national-sozialistische Bewegung, die Hitlersche Bewegung schätze ich vom Standpunkt der Sicherheit des Staates aus genau so ein wie die kommunistische, weil die nationalsozialistische Bewegung der Hitlerschen Richtung in allererster Linie das Ziel hat, ohne Parlament, ohne Partei, ohne Benützung der verfassungsmäßigen Mittel durch eine eigene militärische Organisation die Gewalt im Innern an sich zu reißen.“*⁷ Die Klarheit dieser Aussage führte sogar zu einem Zwischenruf des kommunistischen Abgeordneten, wonach sich Bolz damit vor den Nationalsozialisten blamiert habe.

Kritisiert wurde von Bolz also in erster Linie der gewaltsame Versuch der Nationalsozialisten *„ohne Benützung verfassungsmäßiger Mittel“* an die Macht zu kommen. Diese Konzentration auf den gewaltsamen Umsturz erschwerte es Bolz dann zu Beginn der dreißiger Jahre, die Bedrohung der Weimarer Republik durch die nach Hitlers Legalitätseid beim sogenannten Ulmer Reichswehrprozess 1930

eingeschlagenen Weg der NSDAP an die Macht als ebenso gefährlich einzuschätzen wie die weiterhin revolutionär auftretenden Kommunisten.

Auch bei den heftigen Turbulenzen des Jahres 1923 hatte Bolz schon *„ein viel zu großes Vertrauen“* *„zu dem württembergischen Volk und seiner Vernunft,... als daß ich glauben möchte, es würde sich durch ein paar Aufwiegler zu so etwas (einen Bürgerkrieg, T. S.) verleiten lassen.“*⁸ In diesem Jahr hatte er mit seiner Einschätzung völlig recht.

1923 legte er auch seinen grundlegende politische Position offen, als er sich vor die im Landtag angegriffenen Beamten seines Ministeriums und die Polizei stellte, *„weil ich glaube, daß unsere württembergische Politik auf dem rechten Wege ist und auf eine schiefe Bahn käme, wenn sie nach einseitigen parteipolitischen Richtungen sich einstellen würde. Diese mittlere Linie haben wir zum Nutzen unseres Volkes eingehalten und ich bin dafür, daß sie eingehalten wird, und eine andere Politik treibe ich nicht, solange ich Minister des Innern bin.“*⁹ An diese Maxime hielt er sich bis an das erzwungene Ende seiner Amtszeit im März 1933.

Obwohl Bolz den Schwerpunkt seiner Aktivitäten in Stuttgart sah, nahm er seine Aufgabe als Reichstagsabgeordneter des Zentrums in Berlin sehr ernst. Dies zeigt sich auch an der regen Teilnahme an den Sitzungen seiner Fraktion. Am 27. September 1921 wollte ihn die Zentrumsfraktion sogar zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden wählen. Bolz lehnte *„aus persönlichen und dienstlichen Gründen“* ab.¹⁰ Dabei nahm er schon früh und sehr dezidiert Stellung. Ein wichtiges Thema für ihn waren immer die Finanzen, die in der Weimarer Republik, angesichts der vielfältigen, die Demokratie ständig in Frage stellenden Krisen, eine noch größere Rolle spielten als in sogenannten normalen Zeiten, die die Bundesrepublik doch bisher überwiegend erleben durfte.

Deshalb holte er Ende Juli 1920 in der Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums zu einem Rundumschlag über die Finanzwirtschaft des Reiches aus, die das finanzpolitische Selbstverständnis von Eugen Bolz während der gesamten 14 Jahre der Weimarer Republik widerspiegelten. *„Er weist auf die trübe Finanzlage hin, die durch*

*immer neue Bewilligungen für alle möglichen Dinge noch verschärft werde. Er betont die Notwendigkeit weitgehendster Einschränkung der Neuausgaben, der Bewilligung neuer Stellen und die Ablehnung neuer Einstufungen der Beamten. Er bemängelt die Genehmigung des neuen Lohntarifs und zeigt, daß infolge der Vorgänge im Hauptausschuß für Beamtenbesoldung und andere Zwecke noch ungeheure Summen angefordert werden dürften. Er kritisierte die Unklarheit des Notetats, die Schaffung immer neuer Beamtenstellen u.a. Er wendet sich gegen erhöhte Anrechnung der Kriegszeit für die Pensionen, das Wachsen des Umfangs der verschiedenen Ämter durch Errichtung immer neuer Zweige, was er ausführlich am Reichsamt des Innern nachweist. Er wendet sich gegen die Besetzung des Hauptausschusses bei Beratung von Beamtenfragen durch Vertreter der Organisationen, wodurch nur der Korruption Vorschub geleistet werde. Er verlangt, daß das Reich keine neuen Aufgaben übernimmt und bereits übernommene Aufgaben abbaut oder einschränkt. Er klagt Parlament und Regierung an, in der Finanzfrage nicht scharf genug eingegriffen zu haben.*¹¹

Neun Monate später am 23. April 1923 erklärte Eugen Bolz in der Fraktionssitzung in Berlin: *„Wir sind schon bankrott, innere Finanzen können auch durch bestgehendes Wirtschaftsleben nicht mehr saniert werden, wir müssen Bankrott offiziell erklären, um Eindruck auf das Ausland zu machen, Entente macht uns doch bankrott.“*¹² So sehr damit auch Außenpolitik gemacht werden sollte, so sehr zeigt dies auch den finanzpolitischen Realitätssinn von Eugen Bolz, auch wenn der faktische Bankrott des Reichs dann erst im Herbst 1923 erklärt wurde.

Eugen Bolz trug in Württemberg ganz wesentlich dazu bei, dass in den zwanziger Jahren eine rigide Sparpolitik betrieben wurde, die dazu führte, dass es im Land die geringste Pro-Kopf-Verschuldung unter allen Ländern im Deutschen Reich gab. Diese Finanzpolitik ermöglichte es der württembergischen Regierung dann in der Weltwirtschaftskrise die Staatsschulden dramatisch zu erhöhen, um die Stauerausfälle zu kompensieren und Notstandsarbeiten wie z.B. den Neckarkanal zwischen Heilbronn und Stuttgart zu finanzie-

ren. An der finanzpolitischen Seriosität des Landes änderte dies nichts. Noch Ende 1932 konnte Württemberg als einziges deutsches Land große Auslandskredite aufnehmen. Allerdings wagte die württembergische Regierung kein großes staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, da Bolz zu sehr die Brüningische Deflationspolitik unterstützte.

Bolz machte in Württemberg sehr schnell Karriere. Bereits im Oktober 1919, noch nicht einmal 39 Jahre alt, wurde er Justizminister. Im Juni 1923 übernahm er das Innenressort, das er bis 1933 innehatte. Von 1928 bis 1933 amtierte er zusätzlich noch als Staatspräsident. Zunächst arbeitete er in einer Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Linksliberalen, später in einer bürgerlichen Minderheitsregierung und nach den Landtagswahlen vom Mai 1924 in einer Mitte-Rechts-Koalition aus DNVP, Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund und Zentrum. Obwohl Staatspräsident Bazille in weiten Kreisen der Republik als Reaktionär betrachtet und seine Schulpolitik als äußerst rückständig eingeschätzt wurde, funktionierte die Zusammenarbeit.

Für Eugen Bolz gehörte diese Offenheit nach (fast) allen Richtungen zu den zentralen Aufgaben des Zentrums. So forderte er am 12. Mai 1925 in einer Diskussion der Reichstagsfraktion für seine Partei die Freiheit, *„nach links oder rechts zu gehen, wenn die Verhältnisse dazu zwingen.“*¹³

Bei der Landtagswahl vom Mai 1928 hatte die Regierungskoalition ihre Mehrheit verloren. Eine Weimarer Koalition aus SPD, Liberalen und Zentrum wäre rechnerisch möglich gewesen. Obwohl die SPD in Württemberg nicht besonders weit links stand, lehnte das Zentrum dessen Regierungsbeteiligung ab. Das Hauptmotiv für diese Entscheidung erläuterte Eugen Bolz in einem Gespräch mit Theodor Heuss. *„Das Zentrum müsse, wozu es in all den Jahren nie gekommen wäre, diesmal partei egoistisch denken. Wenn es den Bauernbund in die Opposition entlasse, so sei die Gefahr einer Erschütterung der Zentrumsposition vor allem im ländlich bäuerlichen Oberland verstärkt“*¹⁴

Da sich beide liberalen Parteien weigerten, den deutschnationalen Kultminister Bazille mitzutra-

gen, DNVP und Bauernbund aber nicht bereit waren, ihn fallen zu lassen, konnte sich keine parlamentarische, mehrheitsfähige Koalition bilden. Allerdings übernahm Bolz von Bazille den Posten des Staatspräsidenten zusätzlich zum Innenministerium und regierte mit wechselnden Mehrheiten im Landtag.

Er sah darin kein Problem, vielmehr ein Kennzeichen des parlamentarischen Systems von Weimar, da es auf allen Ebenen immer wieder ausgesprochene Minderheitsregierungen oder Regierungen mit einer sehr umstrittenen Mehrheit gegeben habe. In der Bundesrepublik gab es zwar nach der letzten Bundestagswahl von 2013 vereinzelt ähnliche Vorschläge, aber diese fanden keine Zustimmung, weder bei der Parteien, noch in den Medien oder der Bevölkerung.

Allerdings war das damalige mit dem heutigen Staatsministerium nicht vergleichbar. So arbeiteten zwischen 1928 und 1932 gerade einmal sechs Beamte des höheren Dienstes im Staatsministerium. Allein deshalb wäre es schon personell nicht in der Lage gewesen, eine selbständige, gegen die Fachressorts gerichtete Politik zu betreiben. Seine wichtigste Aufgabe bestand, seit 1926 im Gesetz über das Staatsministerium und die Ministerien geregelt, *„in der Wahrnehmung der württembergischen Reichsratsvertretung. Alle seitens der Reichsregierung mit Bezug auf Reichsgesetzgebung und Reichsverwaltung an die Landesregierung gerichteten Schreiben gingen an das Staatsministerium und wurden dort gesichtet und auf ihre politische Bedeutung geprüft.“*¹⁵

Im April 1929 erläuterte Bolz in einer Landtagsdebatte sein Verständnis der Arbeit für die Republik, da seiner Regierung immer wieder vorgeworfen wurde, dass ihr eine klare und richtige Einstellung fehle. Demgegenüber erklärte Bolz: *„Die beste Empfehlung der Republik ist, wenn nicht allzuviel von ihr geredet wird und man sich bemüht durch sachliche Arbeit, die Republik dem Volke nahe zu bringen, ohne große Worte zu machen.“*¹⁶ Diese Aussage hatte aber auch damit zu tun, dass in der Regierung Befürworter der Republik, wie das Zentrum, mit Gegnern der Republik, wie den Deutschnationalen und dem Bauernbund zusam-

menarbeiteten.

Allerdings war ihm eine funktionierende Verwaltung ein Herzensanliegen. Darauf wies er immer wieder hin. Nicht ohne Stolz erklärte er im Landtag, *„daß die Verwaltung in Württemberg eine durchaus geordnete und fortschrittliche ist. Man kann auf dem Gebiet unserer Verwaltungstätigkeit in dem letzten Jahrzehnt einiges finden, das nach einer positiven Leistung aussieht und das in manchem auch vorbildlich genannt werden kann.“*¹⁷

Dazu trug ganz wesentlich bei, dass die Minister der Regierung allesamt Beamte waren. Sie glichen sich, wie Waldemar Besson ausführte, *„nach Vorbildung und Amtsauffassung viel zu sehr, als daß Mehrheitsentscheidungen oder gar das Überstimmen des zuständigen Ministers ihrem Arbeitsstil entsprechen hätte. Tunlichst vermied man überhaupt politische oder grundsätzliche Erörterungen. Durch die Jahre hin ähnelten die Sitzungen des Staatsministeriums weit mehr den Besprechungen von Kanzleidirektoren“*¹⁸ als den Debatten von Parteipolitikern. So funktionierte die Regierung auch in den sich nach 1929 verschärfenden politischen Auseinandersetzungen reibungslos und auch der Eintritt des ersten Nichtbeamten, des Rechtsanwalts Reinhold Maier als Wirtschaftsminister 1930 änderte daran kaum etwas.

Vermutlich verstand Bolz eine Regierung als eine Art „Oberverwaltung“, die fern allen Parteihaders gute Verwaltungsarbeit leisten sollte. Der SPD-Abgeordnete Kurt Schumacher, nach 1945 Bundesvorsitzender der Sozialdemokraten und Gegenspieler von Konrad Adenauer, beschrieb dies in einer Landtagsdebatte sehr treffend. *„Die württ. Regierung möchte am liebsten ganz ungestört von jeder politischen Kritik regieren. Man hat seit Jahren beobachten können, wie sie sich bemüht hat, bei jeder größeren politischen Gelegenheit eine rechtzeitige Stellungnahme des Landtags zu vermeiden. Sie möchte sich am liebsten als eine Art Verwaltungsgemeinschaft auf tun... Sie möchte die Grundlinien ihrer Tätigkeit nicht der politischen Kritik aussetzen, was sicher sehr bequem, aber auch sehr kurzfristig ist. Ich behaupte, daß alle Kritik am parlamentarischen System, wie sie von den extremen Feinden des parlamentarischen Systems vorgebracht wird, dem Parla-*

mentarismus nicht so sehr schadet, wie diese Art der württ. Regierung, die dem Parlamente die Freiheit der politischen Stellungnahme nimmt, es ohnmächtig gegenüber der Regierung macht, und es so in der Öffentlichkeit herabsetzt.“¹⁹ Mit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Staatskrise ab 1929/30 sollte sich diese Tendenz noch deutlich verstärken.

Auch heute noch heiß umstrittenen Thema stand Bolz sehr skeptisch gegenüber. Er unterstützte die Position des Reichsrates, der 1929 Einbürgerungen im großen Stil mit Rücksicht auf die eigene Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und des Bevölkerungüberschusses ablehnte. Außerdem müsse man gegen Einbürgerungsgesuche aus dem Osten noch einen schärferen Maßstab anlegen, „wegen des Unterschieds des Kulturkreises zwischen dem Osten und uns“ Besonders irritierte Bolz die relativ hohe Zahl von sogenannten Ostjuden aus dem ehemals österreichischen Galizien. „Ich stehe der Judenfrage völlig objektiv und wohlwollend gegenüber, aber das darf ich doch aussprechen, daß der Zuwachs, z.B. gerade von Ostjuden, für uns nicht so willkommen ist.“²⁰

Anfang Januar 1930 gelang es Bolz schließlich, die beiden liberalen Parteien zum Regierungseintritt zu bewegen, sodass seine Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode im April 1932 über seine solide Mehrheit verfügte. Anfang 1930 plädierte Bolz auch öffentlich für einen Zusammenschluß von Baden und Württemberg, für den das württembergische im Unterschied zum badischen Zentrum schon nach dem 1. Weltkrieg eingetreten war. Allerdings forderte er ein langsames Zusammenwachsen. Die Lust und Liebe der Bevölkerung solle nicht durch zwangsweise gesetzliche Gleichmacherei gestört werden. „Im übrigen ist die Geschichte Badens und Württembergs im letzten Jahrhundert eine ziemlich gleichartige. In beiden Ländern hat sich ein starkes Gefühl der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit entwickelt. Sollte das in einem vereinigten Baden und Württemberg nicht auch möglich sein?“²¹ Zu den von Bolz gewünschten Verhandlungen kam es allerdings erst nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Die letzten Regierungsjahre von Eugen Bolz waren von der Weltwirtschaftskrise und ihren poli-

tischen Folgen überlagert. Die tiefste Ursache sah er im Krieg mit seinen enormen Verlusten. „Wenn wir uns vorstellen..., wie viele Milliarden allein der Krieg verschlungen hat und wie wir durch den unglücklichen Ausgang des Krieges unser Auslandsvermögen bis auf den letzten Pfennig verloren haben, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir in der Nachkriegszeit beim Ausland pumpen mußten und wenn unsere heutige Wirtschaft zu einem guten Teil auf Auslandsgeld angewiesen ist, das uns mit seiner Zinslast genau so drückt, wie die Tributlasten aus dem verlorenen Krieg. Nicht vergessen darf man, daß eine weitere Ursache der heutigen wirtschaftlichen Not die gewaltsame Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker durch den Krieg und die lange Verhinderung einer vernünftigen wirtschaftlichen Verbindung in der Nachkriegszeit ist.“²²

Während man dieser Einschätzung auch heute noch weitgehend zustimmen kann, stehen wir heute seinen wirtschaftlichen Rezepten eher skeptisch gegenüber. Bolz wollte, auch wenn er ursprünglich eine andere Position vertreten hatte, durch rigoroses Sparen auch bei den Löhnen, billiger produzieren, um damit die Erzeugnisse besser verkaufen zu können. Die Kaufkrafttheorie, nach der die Menschen mehr verdienen müssen, um auch mehr einkaufen zu können, lehnte er in dieser Situation ab. Diese rigide Sparpolitik führte zu einer immer größeren Verelendung der Bevölkerung und damit zu einer politischen Radikalisierung.

Allerdings glaubte Bolz an die nüchterne Urteilkraft seiner Landsleute. Dem NSDAP-Abgeordneten und späteren Ministerpräsidenten zwischen 1933 und 1945 Christian Mergenthaler hielt er in einer heftigen Debatte entgegen: „..., ich habe den Glauben an den gesunden Sinn unseres Volkes und namentlich unseres Schwabenvolkes, daß es sich nicht allzulange nur verhetzen und mit Phrasen abpeisen läßt, sondern daß es, wie es den Schwaben eben liegt, sich fragt, was soll dabei herauskommen, warst du richtig beraten. Ich bin überzeugt, daß es dann wieder den Weg zurückfindet zu dem „Brei“ in der Mitte, der nötig ist, um unser deutsches Volk zur Gesundung zu führen.“²³

Die Hoffnung in die Vernunft der Schwaben

trog ihn nicht völlig. Bei den Reichstagswahlen vom September 1930 schnitt die NSDAP in Württemberg mit unter 10% reichsweit am schlechtesten ab und auch in den folgenden Jahren verlief der Aufschwung sehr viel langsamer als in den meisten anderen Teilen des Reiches. Maßgeblichen Anteil daran hatte neben den stabilen politischen Verhältnissen auf Landes- und Gemeindeebene, vor allem die weniger dramatisch verlaufende Wirtschaftskrise und die relativ geordneten Finanzen im Land. Allerdings führte letzteres dazu, dass Württemberg Millionen aus den Sozialversicherungen an das Reich abführen musste und von dort weit unterdurchschnittliche Zuschüsse erhielt. Dieses Phänomen kennen wir ja bis heute als Länderfinanzausgleich, in den der Südwesten als einziges Land seit Gründung der Bundesrepublik ununterbrochen einbezahlt hat.

Die Landtagswahlen vom April 1932 hatten jedoch auch in Württemberg deutliche Gewinne für die Nationalsozialisten gebracht, sodass die Regierung keine Mehrheit mehr hatte. Die Pläne mit der NSDAP eine evangelisch betonte oder „katholiken-reine“ Regierung zu bilden, scheiterten in kürzester Zeit. Aber auch nach der Einbindung des Zentrums zeigte sich schnell, dass die Nationalsozialisten nicht in der Lage waren, ein konkretes Regierungsprogramm vorzulegen. Am 23. Mai scheiterten die Regierungsverhandlungen an den Forderungen der NSDAP, die für sich das Staatsministerium und das Innenministerium und damit die staatlichen Machtmittel beanspruchte, was sowohl vom Zentrum als auch von den Demokraten kategorisch abgelehnt wurde. Die NSDAP brach daraufhin die Verhandlungen ab.²⁴

Um die NSDAP von der Macht fernzuhalten, änderte eine Mehrheit von Bauernbund bis zur SPD die Geschäftsordnung des Landtags. Danach war nun die absolute Mehrheit der Stimmen für die Wahl des Staatspräsidenten vonnöten. Somit blieb die alte Regierung Bolz weiterhin geschäftsführend im Amt. Da sie schon seit 1931 weitgehend mit Notverordnungen regierte, also ohne Zustimmung des Landtags, änderte sich am Regierungshandeln kaum etwas. Bolz betonte deshalb auch Ende Juni 1932 im Landtag, dass es sich um eine „verfas-

sungsmäßige Regierung mit allen Rechten und Pflichten einer Regierung“ handelt, „wie sie in der Verfassung niedergelegt sind und zwar ohne jede Einschränkung“ Er verwies außerdem noch auf die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931, die bis zum Ende der Weimarer Republik galt. Danach hatte die Regierung, ohne auf die Zustimmung des Landtags angewiesen zu sein, „*die besondere Vollmacht und die besondere Pflicht..., in allen finanziellen Fragen das zu tun, was notwendig ist zur Instandhaltung der finanziellen Ordnung.*“²⁵

Damit war das Königsrecht des Landtags, nämlich die Zuständigkeit für die Finanzen praktisch aufgehoben. Allerdings waren fast alle Parteien nicht mehr bereit, weitere Einsparungen vor dem Wahlvolk zu vertreten. Das galt selbstverständlich für die radikalen Parteien links und rechts, aber auch für die meisten anderen Parteien. Eugen Bolz erklärte dies auch im Landtag ganz offen, als es im Herbst 1932 um weitere Kürzungen bei den Personalausgaben und die Einführung einer Schlachtsteuer ging. Er regierte aufgrund der Notverordnung, um die württembergischen Finanzen, „*die bisher in Ordnung waren, nicht verludern zu lassen.*“ „... *in der klaren Erkenntnis, keine Zustimmung beim Volke zu finden und keine Zustimmung beim Landtag zu finden*“ habe sich die Regierung zu diesem Schritt entschlossen.²⁶

Zur Zusammenarbeit mit dem Landtag war er nur dann bereit, wenn sich die Parteien aufrufen würden und nicht nur nach agitatorischen Gesichtspunkten reden und Anträge stellen, sondern wirklich aufs große Ganze sehen würden. „*Wenn das die Parteien tun, dann, glaube ich, ist die Möglichkeit zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und der Regierung geboten, wie wir sie wünschen, und zwar zu einer Zusammenarbeit, die dem ganzen Land frommt und am Ende vom Lande anerkannt wird, wenn es uns gelingt, die Finanzen in Ordnung zu halten.*“²⁷

Ob Bolz an eine solche Möglichkeit glaubte, muss angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Stuttgarter Landtag bezweifelt werden. An der Richtigkeit seiner Politik hatte er keine Zweifel. Es gelang ihm zwar, die württembergischen Finanzen

in reichsweit einmaliger Form in Ordnung zu halten, aber die Veränderungen auf Reichsebene Ende Januar 1933 verhinderten, dass seine Regierung von dieser Leistung noch profitierte.

Immer wieder wird die Haltung von Eugen Bolz zum Nationalsozialismus vor 1933 kritisiert. Noch in jüngeren Veröffentlichungen zur Polizei in Württemberg während der Weimarer Republik wird ihm eine gewisse Blindheit auf dem rechten Auge oder bestenfalls Naivität vorgeworfen.²⁸

Bolz war zweifellos ein national eingestellter Politiker, was damals allerdings der Regelfall bis weit in das linke Parteienspektrum war. Schon 1923 hielt er eine nationale Bewegung im Volke für absolut notwendig – gerade angesichts der Bedrohungen von außen. Allerdings sollte die nationale Frage weder zu parteipolitischen Zwecken missbraucht noch in revolutionärer Weise verwirklicht werden. *„Wenn die nationale Frage zu einer Parteifrage wird“*, so Bolz vor dem Stuttgarter Landtag am 15. Dezember 1923, *„so liegt darin die Gefahr, dass andere, die andere parteipolitische Anschauungen haben, dadurch abgestoßen, naturgemäß in eine Gegnerschaft kommen, und dass dann die nationale Bewegung als solche zum Kampfobjekt zwischen verschieden parteipolitisch eingestellten Gruppen führt.“*²⁹

Er forderte immer wieder das Zusammenhalten des deutschen Volkes und seiner Parteien. Nach seinem Verständnis waren Parteien in Krisenzeiten, sowohl zu Beginn der zwanziger als auch zu Beginn der dreißiger Jahre *”in erster Linie dazu berufen, das Volk aufzuklären und zu führen, und sie hätten in erster Linie die Verpflichtung, die auseinanderstrebenden Volksmassen zusammenzuführen zur Erkenntnis des einen Notwendigen. Diese Aufgabe wird jedoch von vielen verkannt. Anstatt zu einigen, werden die Parteigegensätze in den Vordergrund geschoben, und das Volk wird auseinandergetrieben.“*³⁰

Gegen alle revolutionären Veränderungen gingen Bolz und seine württembergische Polizei konsequent vor. Dies galt auch für die Nationalsozialisten. Im Vorfeld des Hitlerputsches vom 9. November 1923 ließ Bolz die im Land befindlichen Funktionäre der NSDAP in Schutzhaft nehmen

und die Parteibüros von der Polizei besetzen. Noch energischer ging er gegen alle kommunistischen Umtriebe vor. So warfen ihm KPD-Abgeordnete immer wieder ein systematisches Spitzelsystem vor, das von Bolz allerdings bestritten wurde, da dafür z.B. 1924 jährlich nur 25.000 Reichsmark zur Verfügung stünden.³¹

Der Innenminister räumte allerdings ein, dass es für die Polizei ungleich schwerer sei, *„die verbotenen Wege bei den Organisationen der Rechten aufzudecken“*, obwohl auch dort gesetzwidrige Zwecke verfolgt werden würden. Demgegenüber sei *„die ganze Betätigung der Kommunisten, nach dem Inhalt der Erlasse der kommunistischen Zentrale,... darauf eingestellt, ihre Organisation und ihre Funktionäre für jederzeitiges Losschlagen vorzubereiten.“* *„Was die Geheimhaltung unerlaubter Ziele betrifft, (ist) man auf der rechten Seite etwas vorsichtiger..., als auf der linken.“* Diese Auffassung teilte im übrigen auch der sozialdemokratische Parteivorsitzende Wilhelm Keil in derselben Landtagssitzung im Oktober 1924 in einem Zwischenruf.³²

Durch die heftigen politischen Auseinandersetzungen während des Beginns und am Ende seiner Amtszeit als Innenminister wird Eugen Bolz vor allem als Polizeiminister wahrgenommen, dessen Einstellungen zu den rechten und linken Extremisten im Vordergrund stehen. Dabei war er der Minister mit den weitgehendsten Aufgaben, da es daneben nur noch das Kultministerium, das Finanz- und das Justizministerium gab. Das Wirtschaftsministerium war zwar auch vorgesehen, wurde aber nicht immer mit einem Minister besetzt, wie z.B. zwischen 1924 und 1930.³³

Die Aufgaben des Innenministeriums umfassten auch die Aufgaben des heutigen Verkehrs- und Sozialministeriums. Bolz war also für den Wohnungsbau ebenso zuständig wie für das Verkehrswesen, die Elektrizitätsversorgung und den für Württemberg so wichtigen Ausbau des Neckarkanals. Manche Debatten sind durchaus heute noch aktuell, wie am 2. Februar 1928, als sich Innenminister Bolz zur Frage von Radfahrwegen äußerte. Es ging um einen Antrag, beim Neubau und der Erweiterung von Staatsstraßen überall *„ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse Radfahrwege anzulegen“*

Bolz sah „die Schwierigkeiten für die Radfahrer bei dem starken Autoverkehr“, glaubte aber, dass solche Radfahrwege „in erster Linie in der Umgebung von größeren Städten in Frage“ kommen würden. Eine allgemeine Vorschrift zur Anlegung von Radfahrwegen bei Neu- und Ausbau von Staatsstraßen lehnte er allerdings ab, da dies so enorme Mittel verschlingen würde, „dass wir bei den sonstigen großen Aufwendungen, die wir haben einen etwaigen Beschluss nicht durchführen könnten.“³⁴

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 und der zunehmenden Radikalisierung der Bevölkerung, trat die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beim gleichzeitigen Versuch, die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen, in den Mittelpunkt aller politischen Bemühungen von Eugen Bolz.

Auch jetzt musste er sich im Landtag immer wieder mit Vorwürfen auseinander setzen, dass die Polizei auf dem rechten Auge blind sei und vor allem linke Unruhestifter konsequent verfolge. Zwar räumte Bolz den Beamten politische Meinungsfreiheit ein, drohte aber z.B. im Februar 1931 gleichzeitig unmißverständlich mit Konsequenzen, „wenn ich Leute in der Polizei herausfinde, die sich radikal betätigen“ „Wenn mir solche Fälle bekannt werden, werde ich den betreffenden Beamten heraussetzen ohne Rücksicht auf seine Stellung“ Gleichzeitig war er sich der Stabilität des württembergischen politischen Systems sicher. „Ich glaube, wir haben in Württemberg nichts zu fürchten. Wir haben die Kraft auch bei politischen Verwicklungen Herr zu bleiben und wir haben den Willen dazu, die ganze staatliche Macht einzusetzen, wenn es nötig ist... Ich habe die Überzeugung, daß weder die kommunistische Bewegung uns über den Haufen rennen wird, noch die nationalsozialistische. Auch letztere Bewegung wird von selbst wieder abflauen, wenn die Leute lang genug ihre Sprüche dem Volk vordoziert haben.“³⁵

Die Hoffnung von Eugen Bolz vom Februar 1931 bewahrheitete sich allerdings nur teilweise. Die nationalsozialistische Bewegung flaute nicht ab, sondern wuchs immer stärker an. Auch wenn Württemberg von besonders heftigen Ausein-

dersetzungen und bewaffneten Kämpfen auf der Straße weitgehend verschont blieb, plädierte Bolz immer wieder vehement für einen starken Staat und ein Verbot aller parteipolitischen Kampfverbände von rechts und links. Im Juni 1932 erklärte er vor dem Landtag in Stuttgart. „Ich habe mich seit Jahren immer auf den Standpunkt gestellt, in allen Konferenzen der Innenminister in Berlin, daß das Uniformtragen und die Verbände eine schwere Gefahr für den inneren Frieden sind. Ich habe seit Jahren unablässig den Standpunkt vertreten, daß man alle diese Verbände ohne Unterschiede der Richtung von rechts bis links verbieten sollte.“³⁶

Diese Position hatte Eugen Bolz schon unmittelbar nach dem gescheiterten Kapp-Putsch in einer Rede in der Nationalversammlung vertreten. „Der Schutz der Verfassung verlangt auch die Bestrafung des Verfassungsbruchs. Mit den straflosen Revolutionen und mit den Amnestien muß endlich Schluß gemacht werden... Um eine politische Beruhigung unseres Volkes zu erreichen, verlangen wir, daß energischer als bisher gegen die politische Verhetzung unseres Volkes vorgegangen wird.“³⁷ Leider konnte er sich mit seiner richtigen Einschätzung weder 1920 noch 1932 durchsetzen. Die politische Verhetzung nahm immer mehr zu und die regelmäßigen Amnestien führten die Verurteilungen für politische Verbrechen ad absurdum.

Mit dem Sturz von Heinrich Brüning in Berlin und der Ernennung von Franz von Papen begann das Ende der Weimarer Republik. Papen löste den Reichstag auf, hob das SA-Verbot auf und setzte die geschäftsführende, SPD-geführte Regierung in Preußen sowie nahezu alle demokratischen Polizeipräsidenten ab. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 errang nicht nur die NSDAP mit über 37% der Stimmen ihren größten Triumph bei freien Wahlen, sondern es ergab sich auch eine parlamentarische Mehrheit aus NSDAP und Zentrum. Da die von Hindenburg gestützte Regierung von Papen sowohl von der NSDAP als auch vom Zentrum abgelehnt wurde, kam es Ende August zu Koalitionsverhandlungen in Berlin, an denen auch Eugen Bolz teilnahm, die allerdings durch die erneute Reichstagsauflösung schnell gegenstandslos wurden. Bei den Besprechungen hatte Bolz von

Hitler, wie er seiner Frau schrieb, einen besseren Eindruck, als er bislang vermutet hatte. „Seine Ausführungen waren konsequent und klar und die Auffassungen decken sich im allgemeinen weitgehend mit den Unseren.“³⁸ Als das Zentrum auch noch einem Mißtrauensantrag der KPD gegen die Regierung Papen zustimmte, kam das Weltbild vieler Zentrumswähler ins Wanken, wie sich auch bei den darauffolgenden Wahlen zeigen sollte.

In den letzten noch verbleibenden Monaten bis zur Kanzlerschaft Hitlers behielt Bolz seinen Kurs bei und bekämpfte in den Reichstagswahlen vom 6. November 1932, aber auch noch am 5. März 1933 die Nationalsozialisten mit Nachdruck. So lehnte er im Dezember 1932 eine Übertragung einer Rede von Gregor Strasser, dem zweiten Mann hinter Hitler in der NSDAP, im Stuttgarter Rundfunk ab – allerdings mit dem Hinweis auf die Überparteilichkeit des gesamten Nachrichten- und Vortragsdienstes.³⁹

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 zu der keinerlei Notwendigkeit bestanden hatte, nutzten die Nationalsozialisten ihre Chance und übernahmen innerhalb weniger Monate die komplette Macht in Deutschland. In Württemberg fand die Machtübergabe an die Nationalsozialisten sogar unter parlamentarischen Rahmenbedingungen statt. Der neue nationalsozialistische Ministerpräsident und NSDAP-Gauleiter Wilhelm Murr wurde vom Landtag in sein Amt gewählt. Im übrigen Reich wurden in fast allen Ländern von Berlin aus Reichskommissare eingesetzt.

Bolz engagierte sich aber weiterhin in der Reichspolitik. So verlangte er in der Fraktionssitzung in Berlin am 20. März 1933 „eine Aussprache über die parteipolitische Auswirkung des Wahlkampfes“⁴⁰ Wenige Tage später, am 24. März forderte er eine Erklärung in der Presse über die Haltung des Zentrums zum neuen Staat. „Die Wähler wollen Klarheit über unsere Einstellung zur veränderten Lage.“⁴¹ Bei den internen Diskussionen über die Haltung des Zentrums zu dem von Hitler geforderten Ermächtigungsgesetz sprach sich Bolz gegen eine Zustimmung aus, beugte sich aber der Fraktionsmehrheit und stimmte dann am 27. März

1933 ebenfalls für das Ermächtigungsgesetz, der formalen Basis für die nationalsozialistische Politik der nächsten Wochen und Monate.

Am 31. März wurden die Landtage aufgelöst und entsprechend der Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März neu gebildet – unter Ausschluss der Kommunisten. So hatten Nationalsozialisten, Bauernbund und Deutschnationale eine sichere Mehrheit auch in Stuttgart. Bolz war auf Platz eins der Zentrumsliste in den Landtag geschickt worden. Nach der Annahme eines württembergischen Ermächtigungsgesetzes am 8. Juni 1933 kam das von Berlin aus angeordnete Ende des Länderparlamentarismus. Bis 1945 sollte im Südwesten kein Parlament mehr tagen.

Eugen Bolz hatte bereits Anfang Juni sein Landtagsmandat niedergelegt, um sich ausschließlich seinem Reichstagsmandat zu widmen. Ob er sich noch Illusionen über eine weitere politische Tätigkeit machte, ist unklar. Auf einem Parteitag der Christlich-Sozialen Schwesterpartei in Österreich am 5. Mai 1933 in Salzburg war er der einzige Vertreter des deutschen Zentrums. Er weigerte sich, etwas über die Verhältnisse in Deutschland zu sagen. Allerdings drängte er seine Parteifreunde, aus den Erfahrungen in Deutschland zu lernen. „Ich möchte nur wünschen, daß Sie die nötige Energie und Entschlußkraft aufbringen, um rechtzeitig die nötigen Reformen durchzuführen. Wenn Ihre Tagung von einem solchen Mut und von einer solchen Entschlußkraft getragen ist, dann wird die Christlichsoziale Partei in Österreich auch in Zukunft herrschen.“⁴² Einige Wochen danach nahmen die Nationalsozialisten diese Aussage zum Anlass, um Eugen Bolz am 18. Juni in Stuttgart ins Hotel Silber, dem Sitz der politischen Polizei vorzuladen und nach kurzem Verhör unter unwürdigen Umständen auf den Hohenasperg zu transportieren und dort zu inhaftieren. Als er am 12. Juli 1933 wieder entlassen wurde, gab es in Deutschland keine politischen Parteien mehr. Eugen Bolz zog sich unfreiwillig ins Privatleben zurück.

Auch wenn Eugen Bolz nach relativ kurzer Zeit wieder aus der Haft freikam, hörten die Schikanen nicht auf. Obwohl er 14 Jahre württembergischer Minister und über 20 Jahre Reichs- und Landtags-

abgeordneter gewesen war, wurde er mit der Pension eines Amtsrichters abgespeist – der Position, die er vor seinem Eintritt in die Politik innegehabt hatte.

Besonders betroffen machte ihn aber auch die Reaktion vieler Volksgenossinnen und Volksgenossen, die ihn bis 1933 sehr hofiert hatten, nun aber die Straßenseite wechselten, wenn sie seiner gewahr wurden, um ihn nicht in aller Öffentlichkeit grüßen zu müssen. Nur wenige politische Freunde, aber auch ehemalige politische Gegner wie der spätere Bundespräsident Theodor Heuss oder Reinhold Maier, der frühere Wirtschaftsminister und spätere Ministerpräsident von Württemberg-Baden und Baden-Württemberg trafen sich weiterhin mit ihm.⁴³ Auch der württembergische Polizeipräsident Rudolf Klaiber, der von 1923 bis 1938 amtierte, scheint den Kontakt mit ihm auch nach 1933 nicht gemieden zu haben.⁴⁴

Nach 1933 hat sich Eugen Bolz wohlweislich kaum noch schriftlich geäußert, abgesehen von einer programmatischen Schrift von 1934 *„Katholische Aktion und Politik“*⁴⁵ Dabei hat er einige grundlegende Positionen aufgestellt, die auch heute noch von Bedeutung sind. So beschäftigt er sich mit den Schranken der Staatsgewalt, die vor allem durch das natürliche und göttliche Gesetz definiert sind. Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Die zweite Schranke sah Bolz im Gemeinwohl. *„Bei offensichtlichem u(nd) dauerndem Mißbrauch der Staatsgewalt besteht ein Notwehrrecht des Volkes.“*⁴⁶ Auch das Völkerrecht gehört aus seiner Sicht zu den bindenden Schranken jedes Staates; ebenso wie *„die natürliche Rechts- und Freiheits-sphäre der menschlichen Persönlichkeit“*⁴⁷

Für uns sind dies Selbstverständlichkeiten, aber 1934 waren sie weitgehend abgeschafft. Der Staat war für ihn niemals absolutes Ziel und absoluter Maßstab.⁴⁸ Er sieht das nationalsozialistische Deutschland schon zu diesem Zeitpunkt im Gegensatz zur katholischen Lehre. *„Unchristlich ist auch der totale Staat, der sich das Recht anmaßt, den einzelnen Menschen ganz in allen seinen Beziehungen und Betätigungen zu erfassen.“*⁴⁹

Allerdings gibt es auch Formulierungen, die uns heute fremd sind. So fehlt ein klares Bekenntnis zur Demokratie, vielmehr sei der Katholik

*„nicht gebunden an irgend eine Regierungsform, an eine besondere gesellschaftliche Ordnung, an irgend eine besondere politische Richtung, an (...) irgend einen Versuch im gesellschaftlichen u(nd) bürgerlichen Leben der Völker“*⁵⁰ Ebenfalls irritierend ist in unserer Zeit die Vorstellung, dass der Einzelne nur schwer entscheiden kann, welche Parteianschauungen in Einklang mit christlicher Lehre und Sitte sind. *„Darum nimmt es der Katholik dankbar an, wenn die Kirche selbst die Gewissen aufruft, leitet und dem Einzelnen die Unterscheidungsmerkmale zur eigenen Gewissensentscheidung gibt.“*⁵¹

Über diese Schrift von 1934 hinaus, wissen wir wenig über seine konkreten Vorstellungen unter dem Nationalsozialismus Seine wahren Gedanken und Überlegungen konnte er nicht mehr niederschreiben. 1936 schrieb er einmal *„Ich denke viel ans Leben und ans Sterben“*⁵² und zum Jahreswechsel 1937/8 berichtete er seiner Frau, dass ihm ausgelassene Freude zur Begrüßung eines neuen Jahres schon immer fremd gewesen sei, *„um wie viel mehr heute, wo alles unsicher ist und dunkle Schicksale drohen“*⁵³ Auch die großen Erfolg der deutschen Wehrmacht in den ersten beiden Kriegsjahren blendeten ihn nicht.

Im März 1942 kam es zu ersten eingehenden Gesprächen zwischen Goerdeler, dem Kopf des zivilen Widerstandes gegen Hitler, der von Robert Bosch finanziert wurde, und Eugen Bolz in Stuttgart. Von da an war er dem Widerstand verbunden, ohne in die konkreten Planungen eingebunden zu sein. 1944 erklärte sich Bolz bereit, in einem Kabinett Goerdeler, nach einem geglückten Attentat gegen Hitler, das Kultusministerium zu übernehmen, nachdem er ursprünglich für das Innenministerium vorgesehen gewesen war.⁵⁴

Nach dem Scheitern des Aufstandes gegen Hitler am 20. Juli 1944 geriet auch Eugen Bolz schnell ins Visier der Gestapo und wurde am 12. August 1944 aufgrund einer Denunziation verhaftet. Nach schweren Folterungen fand seine Verhandlung vor dem Volksgerichtshof unter Leitung von Roland Freisler am 21. Dezember 1944 statt.⁵⁵

Noch vor dem Volksgerichtshof unter seinem berüchtigten Vorsitzenden Roland Freisler bekannte sich Eugen Bolz in seiner, zusammen

mit anderen Angeklagten nur siebenstündigen Verhandlung dazu, „daß er kein Nationalsozialist sei“ „Er vermisse“, wie es im Urteil hieß, „bei uns“, also den Nationalsozialisten, „die individuelle Freiheit!“⁵⁶ Nach einem Bericht über den Prozeß, der Hitler vorgelegt wurde, hieß es sogar: „Er gab offen zu, daß er Gegner des Nationalsozialismus ist.“ Bolz rechnete ab 1942 mit einem Zusammenbruch des Regimes und arbeitete deshalb, wie er in seinem Gerichtsverfahren einräumte, aktiv daran mit, ein danach drohendes Vakuum oder einen Sieg des Bolschewismus in Deutschland zu vermeiden. Dafür traf er sich mehrfach mit weiteren Verschworenen des Widerstandes aus allen politischen Lagern, vor allem aber mit ehemaligen Politikern aus dem katholischen Zentrum. Das kennzeichnete Freisler in seiner zynischen Art mit den Worten „die Fraktion sammelte sich wieder.“⁵⁷

In der Urteilsbegründung seines im wörtlichsten Sinne kurzen Prozesses hieß es in der verqueren Sprache der Nationalsozialisten: „Er erkennt eben nicht das Gesetz unseres nationalsozialistischen Volkslebens an, das uns jetzt gebietet, alle, restlos alle Kraft darauf zu verwenden, zu siegen; kein Quentchen Kraft auf anderes, wie etwa die Beseitigung einer Gefahr nach unserer Niederlage, also nach unserem Tode, zu verwenden;... BOLZ hat also an dem hochverräterischen Treiben GOERDELEERS aktiven Anteil gehabt (...). Er wußte natürlich auch, daß solche Gedankengänge und Pläne, solch zersetzender Defätismus, umgewandelt in Verrat, gerade das ist, was unsere Feinde sich bei uns wünschen. Er habe sich also mit zum Knecht unserer Kriegsfeinde gemacht (...). Dadurch ist er für immer ehrlos geworden. Er mußte um unserer Selbstachtung, um unseres Sieges, um der Sicherheit der kämpfenden Front und Heimat willen dafür mit dem Tode bestraft werden.“⁵⁸

Eugen Bolz reichte ebenso wie seine Frau noch ein Gnadengesuch ein, machte sich aber nur geringe Hoffnungen, zumal auch der von Frau Bolz angesprochene päpstliche Nuntius in Berlin Cesare Orsenigo kein Verständnis für das Verhalten von Bolz aufbrachte. Auf die nahende Befreiung setzte er keine Hoffnung. Einem optimistischen Mitgefangenen erklärte er „Sie schlagen uns vorher den Kopf herunter.“⁵⁹

Die Nationalsozialisten hatten den Krieg zwar schon längst verloren, aber sie rissen nicht nur Millionen von Soldaten noch völlig sinnlos in den Tod – allein zwischen Januar und Mai 1945 starben noch etwa 1,4 Millionen deutsche Soldaten und Hunderttausende von Zivilisten, Kriegsgefangene und KZ-Insassen – sondern exekutierten bis wenige Stunden vor dem jeweiligen alliierten Einmarsch noch politische Gegner. Am 23. Januar 1945 um 15.43 wurde Eugen Bolz in Plötzensee enthauptet. Am selben Tag starben u.a. Graf Moltke, der Kopf des Kreisauer Kreises und der Karlsruher Rechtsanwalt und ehemalige Zentrumsmann Reinhold Frank aus Karlsruhe, den Eugen Bolz für den Widerstand gewonnen hatte. Die Leiche von Eugen Bolz wurde verbrannt und seine Asche wohl in alle Winde zerstreut. So versuchten die Nationalsozialisten die Erinnerung an ihn zu tilgen.⁶⁰

Eugen Bolz war der bedeutendste württembergische Politiker der Weimarer Republik, vermutlich sogar der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er trug über 14 Jahre maßgeblich dazu bei, dass die politische Lage in Württemberg deutlich stabiler war als im übrigen Reich, die Finanzen vergleichsweise geordnet, die Verwaltung einen hervorragenden Ruf hatte, die Weltwirtschaftskrise das Land nicht so hart traf, wie das übrige Reich und die NSDAP immer unter ihren Reichsergebnissen blieb, auch noch am 5. März 1933.

Warum war Württemberg diese „Insel im Krisenmeer“? Neben der vergleichsweise guten wirtschaftlichen und finanziellen Lage war das staatliche Gewaltmonopol im Lande nie ernsthaft in Frage gestellt. Norbert Elias sieht in „der strukturellen Schwäche ihres Gewaltmonopols und der zielbewußten Nutzung dieser Schwäche zur Zerstörung des parlamentarisch-republikanischen Regimes durch bürgerliche Organisationen“ den wesentlichen Grund für das Scheitern der Weimarer Republik.⁶¹

Als Justiz- und vor allem als Innenminister hat Eugen Bolz dieses Gewaltmonopol mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigt – nach rechts und nach links. Bereits in der Nationalversammlung formulierte Eugen Bolz nach dem gescheiterten Kapp-Putsch am 29. März 1920 sein Grundanliegen, das seine Politik bis 1933

bestimmte. *„An uns liegt es, mit wachsamem Auge zu sorgen, daß die Möglichkeit zu neuen Umsturzversuchen von rechts und von links im Keime erstickt wird. Schutz der Verfassung nach rechts und links muß die Parole der neuen Regierung sein, muß aber auch die Parole des Volksteils sein, der Ruhe, Ordnung und Recht will.“*⁶²

Eine der schönsten und kürzesten Würdigungen zu Eugen Bolz stammt von Reinhold Maier, dem politischen Kontrahenten und Kabinettskollegen von 1930 bis 1933 mit dem sich Bolz nach 1933 immer wieder traf. Maier schrieb Mitte Februar 1945, als er von der Hinrichtung von Eugen Bolz erfuhr, in sein Tagebuch: *„Eine Persönlichkeit, die wir vermissen werden.“*⁶³ In diesem Sinne hat Reinhold Maier in seinem Porträt, das jeder Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg für das Staatsministerium in der Villa Reitzenstein von sich malen ließ und lässt, Eugen Bolz in einer besonderen Form geehrt. In seinem Bild ist im Hintergrund ein Bild von Eugen Bolz zu sehen, seinem letzten demokratischen Vorgänger im Amt.⁶⁴ Vielleicht sollten auch wir heute an eine Persönlichkeit wie Eugen Bolz etwas mehr erinnern.

Anmerkungen zu Eugen Bolz-Aufsatz in Villingen

- ¹ Vgl. dazu allgemein Max Miller, Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951; Joachim Sailer, Eugen Bolz und die Krise des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, Tübingen 1994; Raberg, Eugen Bolz zwischen Pflicht und Widerstand, Leinfelden-Echterdingen 2009; Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959; Joachim Köhler (Hrsg.), Christentum und Politik. Dokumente des Widerstands zum 40. Jahrestag der Hinrichtung des Zentrums politiklers und Staatspräsidenten Eugen Bolz am 23. Januar 1945, Sigmaringen 1985.
- ² Zit. nach Fastnacht der Hölle. Der Erste Weltkrieg und die Sinne. Katalog zur Grossen Landesausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2014, S. 18.
- ³ Württembergische Verfassungsgebende Landesversammlung, 9. Sitzung vom 1. Februar 1919, S. 195.
- ⁴ Ebd., S. 203.
- ⁵ Württembergische Verfassungsgebende Landesversammlung, 14. Sitzung vom 14. April 1919, S. 304.
- ⁶ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 35. Sitzung vom 12. Juni 1919, S. 767.

- ⁷ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 197. Sitzung vom 19. Juli 1923, S. 4846.
- ⁸ Ebd., S. 4845.
- ⁹ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 198. Sitzung vom 20. Juli 1923, S. 4882.
- ¹⁰ Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearbeitet von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert, Mainz 1981, S. 233.
- ¹¹ Ebd., S. 45/6.
- ¹² Ebd., S. 45/6.
- ¹³ Ebd., S. 172.
- ¹⁴ Zit. nach Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986, S. 48.
- ¹⁵ Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 42.
- ¹⁶ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 39. Sitzung vom 18. April 1929, S. 843.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Besson (wie Anm. 15), S. 42.
- ¹⁹ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 79. Sitzung vom 6. März 1930, S. 1947.
- ²⁰ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 39. Sitzung vom 18. April 1929, S. 843/4.
- ²¹ Zit. nach Thomas Schnabel, Badens Mitgift. Der Beitrag Badens zum Südweststaat, in: 50 Jahre Baden-Württemberg. Badens Mitgift. Reden zum Landesjubiläum. Festakt am 12. April 2002 in Freiburg; Freiburg 2002, S. 37.
- ²² Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 120. Sitzung vom 25. Februar 1931, S. 3006.
- ²³ Ebd., S. 3011.
- ²⁴ Schnabel (wie Anm. 14), S. 123/4.
- ²⁵ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 12. Sitzung vom 28. Juni 1932, S. 198.
- ²⁶ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 17. Sitzung vom 11. Oktober 1932, S. 360.
- ²⁷ Ebd., S. 361.
- ²⁸ Ingrid Bauz, Sigrid Brüggemann, Roland Maier (Hrsg.), Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2013, S. 32.
- ²⁹ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 209. Sitzung vom 15. Dezember 1923, S. 5140.
- ³⁰ Ebd., S. 5139.
- ³¹ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 13. Sitzung vom 23. Oktober 1924, S. 275.
- ³² Ebd.
- ³³ Regierungsblatt für Württemberg Nr. 36 vom 12. November 1926, S. 239 – 242.
- ³⁴ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 190. Sitzung vom 2. Februar 1928, S. 4841.
- ³⁵ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 120. Sitzung vom 25. Februar 1931, S. 3010.
- ³⁶ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 12. Sitzung vom 28. Juni 1932, S. 199.
- ³⁷ Eduard Heilfron, Hrsg., Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1920 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, 9. Band, Berlin o.J. (1920), S. 263
- ³⁸ Schnabel (wie Anm. 14), S. 134.
- ³⁹ Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 25. Sitzung vom 1. Dezember 1932, S. 584/5.
- ⁴⁰ Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands

- der Deutschen Zentrumspartei 1926 – 1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey, Mainz 1969, S. 623.
- ⁴¹ Ebd., S. 632.
- ⁴² Zit. nach Schwäbischer Merkur Nr. 106 vom 7. Mai 1933, S. 2.
- ⁴³ Persönliche Auskunft von Mechthild Rupf-Bolz, der einzigen Tochter von Eugen Bolz gegenüber dem Verfasser.
- ⁴⁴ So die Aussage im Entnazifizierungsverfahren von Rudolf Klaiber, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902-20, Bü 95410.
- ⁴⁵ Neu ediert in: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ Eugen Bolz 1881 bis 1945, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ubstadt-Weiher 2017.
- ⁴⁶ Ebd., S. 155.
- ⁴⁷ Ebd., S. 156.
- ⁴⁸ Ebd., S. 159.
- ⁴⁹ Ebd., S. 157.
- ⁵⁰ Ebd., S. 179.
- ⁵¹ Ebd., S. 181
- ⁵² M. Müller (wie Anm.1), S. 472.
- ⁵³ Ebd., S. 474.
- ⁵⁴ Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 – 1945, München 1999, S. 473/4.
- ⁵⁵ M. Müller (wie Anm. 1), S. 511.
- ⁵⁶ Hans-Adolf Jacobsen, Hrsg., Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Band 2, Stuttgart 1989, S. 687.
- ⁵⁷ Ebd., S. 684/5.
- ⁵⁸ Ebd., S. 689.
- ⁵⁹ M. Müller (wie. Anm. 1), S. 513.
- ⁶⁰ Ebd. S. 517.
- ⁶¹ Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Michael Schröter, Frankfurt 1989, S. 294.
- ⁶² Heilfron (wie Anm. 37), S. 263.
- ⁶³ Reinhold Maier, Ende und Wende. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen 1944 – 1946, Wuppertal 2004, S. 150.
- ⁶⁴ Vgl. dazu Thomas Borgmann, Die Villa Reitzenstein. Macht und Mythos, Tübingen 2016, S. 148.